

# Osten weiter abgehängt

## Immer noch deutliche regionale Unterschiede bei Gehältern. Niedrige Löhne zwingen Beschäftigte zum Pendeln in den Westen

Bernd Müller

---

Auch 28 Jahre nach der »Wende« gibt es noch deutliche Unterschiede bei den Löhnen zwischen Ost und West. Das geht aus einer Auswertung neuer Daten der Bundesagentur für Arbeit durch die Bundestagsfraktion der Partei Die Linke hervor, die am Freitag veröffentlicht wurde.

Der bundesweite Schnitt der monatlichen Entgelte lag zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 3.209 Euro. Er fiel damit etwas höher aus als 2016 mit 3.133 Euro. Dabei verdienten Vollzeitbeschäftigte im vergangenen Jahr im Westen mit durchschnittlich 3.339 Euro deutlich besser als im Osten (2.600 Euro).

Im Ländervergleich steht Hamburg mit einem Durchschnittsverdienst von 3.619 Euro an der Spitze. Es folgen Baden-Württemberg mit 3.546 Euro und Hessen mit 3.494 Euro. Schlusslicht bei den Einkommen ist Mecklenburg-Vorpommern mit im Schnitt 2.391 Euro. Nur knapp davor liegen Thüringen (2.459 Euro) und Sachsen (2.479 Euro).

Auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Städten und Kreisen sind dabei erheblich. An der Spitze liegt Ingolstadt in Bayern. Wer dort arbeitete, verdiente zuletzt im Schnitt 4.635 Euro brutto. Auch im fränkischen Erlangen, in Wolfsburg und im württembergischen Böblingen war der Verdienst hoch. Schlusslicht war der Landkreis Görlitz in Sachsen mit durchschnittlich nur 2.183 Euro brutto im Monat, dicht gefolgt vom Erzgebirgskreis und Vorpommern-Rügen.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Zimmermann, nannte es »beschämend«, dass in ganz Ostdeutschland niedrige Löhne gezahlt werden. »Von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann in Deutschland nicht gesprochen werden.« Allerdings gebe es auch im Westen »abgehängte Regionen«. Die Bundesregierung müsse nun die nötigen Maßnahmen für gute Arbeitsbedingungen ergreifen, wenn sie es ernst meine mit ihrem Ziel, »gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in allen Regionen zu unterstützen«, forderte Zimmermann. Bei Lippenbekenntnissen dürfe es nicht bleiben. Statt dessen müsse der Mindestlohn auf zwölf Euro pro Stunde angehoben, Leiharbeit abgeschafft sowie die Tarifbindung gestärkt werden.

Martin Dulig, der Ostbeauftragte der SPD, Sachsens Wirtschaftsminister, unterstützt Zimmermanns Forderungen, seine Partei ist allerdings wesentlich für den boomenden Niedriglohnssektor in der BRD verantwortlich. Angesichts der deutlichen Lohnunterschiede zwischen Ost und West sieht auch Dulig es als dringend erforderlich an, dass die Bundesregierung Gegenmaßnahmen ergreift. Den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (Samstagsausgaben) sagte er: »Dass wir fast dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung trotz gleicher Arbeit und teilweise längeren Arbeitszeiten im Osten immer noch nicht gleiche Löhne haben, ist ungerecht«. Es bräuchte deshalb flankierende Maßnahmen und Instrumente, um perspektivisch die Unterschiede abzubauen. Welche das sein könnten, ließ er jedoch offen.

Seine Kritik an den Lohnunterschieden dürfte auch von einem anderen Problem herrühren, mit dem er als sächsischer Wirtschaftsminister konfrontiert ist. Obwohl viele Unternehmen in Sachsen händeringend Fachkräfte suchen, gehen immer noch Zehntausende Bürger des »Freistaats« einer Tätigkeit in Westdeutschland nach – und ihre Zahl wächst. Im Jahr 2017 pendelten nunmehr 69.994 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte aus Sachsen zum Arbeiten in westliche Bundesländer, wie die *Leipziger Volkszeitung (LVZ)* am Donnerstag berichtete.

»Die hohen Pendlerzahlen nach Westdeutschland sind ein Ausdruck von zuwenig guter Arbeit und niedrigen Löhnen«, kritisierte die aus Zwickau stammende Zimmermann. Rund 900 Euro verdient ein Sachse mehr, der in Westdeutschland einem Job nachgeht, hat die Landesarbeitsagentur laut dem Bericht der *LVZ* errechnet. Davon müssten allerdings noch die Kosten des Pendelns, wie Aufwendungen für doppelte Haushaltsführung und Sprit, abgezogen werden.

»Allgemein hat der Druck, im Beruf mobil zu sein und weite Wege zum Arbeitsplatz zurückzulegen, in den letzten Jahren unvermindert angehalten«, kritisierte die Politikerin. Der Preis dafür seien zunehmender Stress, bis hin zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

